

Antrag 48/II/2019

KDV Marzahn-Hellersdorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Offenlegung Gutachtertätigkeit für Berufsgenossenschaften

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregie-
2 rung und die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion wer-
3 den aufgefordert, sich für eine gesetzliche Offenlegungs-
4 pflicht der Auftragsgeber von Gutachter*innen einzuset-
5 zen.

6

7 **Begründung**

8 Ist ein Geschäftsmodell ausschließlich auf eine geschlos-
9 sene Kundschaft ausgerichtet, besteht eine grundsätzli-
10 che Gefahr von Interessenkonflikten und Gefälligkeitsgut-
11 achten. Um in evtl. notwendigen Widerspruchsverfahren
12 auf solche Fälle aufmerksam machen zu können, bedarf
13 es eines Informationsrechts, welches es bislang nicht gibt.
14 Eine darüber hinausgehende Verpflichtung zur Offenle-
15 gung würde bereits bei Auftragsvergabe sinnvoll im Sinne
16 der/des zu Begutachtenden sein.

Empfehlung der Antragskommission

Vom Antragsteller zurückgezogen